

# Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser.  
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Stroße Rieser Nr. 52.

Nr. 256.

Mittwoch, 2. November 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 6.— Mark ohne Zustellgebühr, Einzelnummer 30 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (7 Silben) 1.50 Mark, Ortspreis 1.25 Mark; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweissungs- und Vermittlungsgebühr 50 Pf. Rechte Karte, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder bei Austrittgeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Schließende Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittlich, Rieser.

## Lehrerentschädigungen für Kriegsbeteiligte und Kriegshinterbliebene.

Da die Mittel zur Auszahlung der Lehrerentschädigungen nicht im vollen Umfange käuflich gemacht werden konnten, muß die Auszahlung derselben verschoben werden und zwar findet sonach die Auszahlung statt in:  
1. Gröba, Dienstag, den 8. 11. 1921.  
2. Münsdorf, Mittwoch, den 9. 11. 1921.  
3. Lampertswalde, Donnerstag, den 10. 11. 1921  
an den in der Bekanntmachung vom 25. 10. angegebenen Zeiten und in den angegebenen Ausgabestellen.  
Großenhain, am 1. 11. 1921.  
Bezirksamt für Kriegerversorgung.  
Richter, Rechtsanwalt.

Nr. 2407 b. B. K.

## Brotmarkenausgabe in Gröba.

Die Brotmarken für die Zeit vom 7. 11.—4. 12. 1921 werden in dieser Woche an den bekannten Tagen im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, ausgegeben.  
Gröba (Elbe), den 1. November 1921.  
Der Gemeindevorstand.

## Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Rieser

Wohnort: Rieser, Tel. Nr. 40.  
Meldestelle für Frauen vorm. 8—10, für Männer 10—12 Uhr.  
Offene Stellen für: 15 Maurer, 5 Maler, 5 Möbeltischler, 1 Glaser, 5 Böttcher, 1 Fahrradschlosser, 1 Schlosser, 1 Schmied, 1 Schmelzer für Aufschmelzen und Aufschmelzen, mehrere Schlosser, 1 Schneider, 1 Linotypsetzer, 1 Bierausgeber, 1 Handlungsgehilfe aus der Schuhwarenbranche, 2 pers. Stenotypistinnen, 3 Dien- und Hausmädchen, mehrere landw. Verbedürfnisse und Knechte sowie Dienstmägde gegen Tariflohn.

## Nachtritt des preussischen Kabinetts.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet:  
Das preussische Staatsministerium hat dem Präsidenten des Landtages seinen Rücktritt angezeigt. Das Staatsministerium ist zu diesem Entschluß gelangt, nachdem alle Bemühungen des Ministerpräsidenten, durch Umbildung des Kabinetts eine neue Regierung zu schaffen, die sich auf möglichst weite Kreise des preussischen Volkes stützt, gescheitert sind. In Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Anforderungen, die die nächste Zukunft an die Staatsleitung stellen wird, und geleitet von dem Wunsche, feste und gesicherte Regierungsverhältnisse in Preußen zu schaffen, wird das Staatsministerium dem Landtag die völlige Bewegungsfreiheit zurückgeben.

Ministerpräsident Stegerwald erhielt gestern Kenntnis von dem folgenden Beschlusse der Landtagsfraktion der Deutsch-Demokratischen Partei:  
Nach der veränderten politischen Lage erscheint uns die jetzige Zweiparteiregierung nicht länger haltbar. Die bisherigen Versuche, zu einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage zu gelangen, müssen wir leider als gescheitert betrachten. Um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen, treten unsere Mitglieder aus der jetzigen Regierung zurück.

Es ist anzunehmen, daß dieser Beschluß maßgebend für die Entscheidungen der preussischen Regierung gewesen ist. Stegerwald über die Regierungskrise.  
In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ erklärte der preussische Ministerpräsident Stegerwald zur Regierungskrise in Preußen u. a.: Auf Grund der preussischen Verfassung wird die gegenwärtige Regierung als Gesamtschicksal der preussischen Bevölkerung auf ihrem Verbleiben bleiben. Ueber meine weiteren persönlichen Absichten kann ich noch nichts sagen. Am Donnerstag tritt der Landtag wieder zusammen, dann erst werden die Besprechungen mit den Fraktionen eine Klärung der Lage herbeiführen können. Ich bin der Ansicht, daß die politische Lage ein Kabinett auf breiter Grundlage notwendig macht.

Mittelungen der Presse zur Regierungskrise.  
Die preussische Regierungskrise wird von den Berliner Blättern auf die Krise im Reich zurückgeführt. Die Verhandlungen über die große Koalition in Preußen hätten bereits zu einer weitgehenden Einigkeit geführt, als der Verlauf der Krise im Reich neue Schwierigkeiten geschaffen habe. Die Sozialdemokratie habe wegen des Verhaltens der Deutschen Volkspartei bei der Regierungskrise im Reich erklärt, daß sie zur Zeit nicht mit dieser Partei zusammengehen könne. Gleichzeitig habe sie eine verstärkte Opposition gegen das Kabinett Stegerwald angekündigt und auch durchblicken lassen, daß sie darüber hinaus gegebenenfalls zu dem Mittel der Obstruktion greifen würde, um die gegenwärtige Regierung zu stützen. Aus dieser Situation hätten die Demokraten gestern die Konsequenzen gezogen und ihre Minister aus dem Kabinett abgerufen.

Günstlich der Neubildung des Kabinetts nennen die Blätter zwei Möglichkeiten: entweder Verkündung einer großen Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie oder Bildung der sog. alten Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Die Aussichten für die erste Möglichkeit werden allerdings als äußerst gering bezeichnet.

## Die ungarische Frage.

Die Vorkonferenz in Paris hat beschlossen, daß in Budapest Schritte getan werden sollen, um die schon am 4. Februar 1920 und am 5. April d. J. geforderte Absetzung aller Gabsburger zu verlangen, und daß in den Hauptstädten der Kleinen Entente von dieser Entscheidung Kenntnis gegeben werden soll zugleich mit dem Ratsschlusse, die Sorge, den Frieden in Mitteleuropa auf Grund der Friedensverträge zu gewährleisten, den Alliierten zu überlassen.  
Reuter glaubt zu wissen, daß die Regierungen der Kleinen Entente benachrichtigt worden sind, daß die Großmächte jede aktive Intervention gegen Ungarn im Augenblick ablehnen.

Die „Grayer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Die polnische Gesandtschaft ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die polnische Regierung bereit ist, die Kleine Entente gegen eine Restauration der Gabsburger zu unterstützen und der Kleinen Entente beizutreten, da deren Interessen eng mit denen Polens verbunden seien.  
Aus Budapest wird gemeldet: Der Sonderzug, mit dem König Karl zu dem englischen Kanonenboot gebracht wurde, wurde von zwei Sicherungszügen begleitet. Die Züge hielten bei der Donaubrücke zwischen Batafalva und Buda. Darauf besah sich der König nach dem englischen Kanonenboot. Die ganze Umgebung war militärisch besetzt.

Nach einer Mitteilung des englischen Botschafters befindet sich der König Karl und die Königin Rita nunmehr auf der Fahrt nach der unteren Donau. — Nach Blättermeldungen ist der Legationssekretär Baron Borovitschny, der den König im Flugzeug begleitete, verhaftet worden.

## Die Mobilisierung in der Tschechoslowakei.

Wie die Wiener „Deutschen Nachrichten“ melden, wurde über den tschechischen Bezirk Koltschan der Befehl zur Mobilisierung erlassen, weil die einberufenen Tschechen sich weigern, dem Mobilisierungsbefehl nachzukommen. — Ein Sonderbericht der Wiener „Reichspost“ meldet aus Prag vom 29. Oktober: Die Mobilisierung der Tschechoslowakei vollzieht sich unter einem gewaltigen militärischen Aufbruch. In allen Bahnhöfen und Straßen entlang stehen sich die Postenketten der Legionäre. Mitten im Lande stehen an Straßenkreuzungen Maschinengewehre, und Artillerie Divisionen die Bahnhöfe. Trotzdem begegnet die Mobilisierung den schwersten Hindernissen nicht nur bei den Deutschen. Unter letzteren werden massenhaft Zettel verbreitet, die den kurzen Text tragen: „Früher hieß es: Seine Pflicht tun und einrücken“, jetzt heißt es: „Einrücken und keine Pflicht tun“. Eine in Tausenden von Exemplaren verbreitete Flugschrift wendet sich unter dem Titel „Die Republik in Gefahr“ voll Hohn gegen den Staat und die Regierung an die tschechische Bevölkerung. Zahlreiche Versammlungen finden statt, in denen Beschlüsse gegen die Einrückung gefaßt werden. Die tschechischen Zusammenkünfte bei diesen Gelegenheiten mehren sich. Ähnlich wie in Grositz suchten die tschechischen Behörden in Böhmisches-Weiß eine Veranlassung mit Waffengewalt zu sprengen. Schließlich ließ das tschechische Militär in die unbewaffnete Menge drei Tote und 21 Verwundete blieben am Platze. Welchen Umfang in deutschen Gegenden die Bewegung gegen den Krieg angenommen hat, zeigt die Tatsache, daß im Bezirk Währisch-Schönberg bis zum dritten Tage nach der Einberufung von 18000 Stellungspflichtigen nur 3000 erschienen waren. Aber auch in tschechischen Bezirken verlag die Mobilisierung teils vollkommen, teils geht sie sehr schleppend vor sich. Ferner bricht sich eine starke kommunistische Agitation gegen die Stellungspflichtigen in den tschechischen Berg- und Hüttenrevieren Bahn.

## Noch eine Note der Entente.

Dem deutschen Vorkonferenz in Paris wurde vorgestern folgende Note der Vorkonferenz überreicht:  
Die Aufmerksamkeit der Vorkonferenz ist auf die Gefahren hingelenkt worden, die der Eintritt landesfremder Verbände in diesem Lande haben könnte. Die Konferenz ist überzeugt, daß die Ruhe, die augenblicklich im Abstimmungsgebiet herrscht, und deren Fortdauer von so großem Wert ist, nicht gefährdet werden darf, wenn keine von außen herbeigeführte Agitation die Bevölkerung dazu treibt, von ihrer Haltung abzuweichen.  
Die Vorkonferenz glaubt, daß es die Pflicht Ihrer Regierung ist, auf ihrem Gebiete und ganz besonders in den Teilen, die an das Abstimmungsgebiet angrenzen, für eine tätige Überwachung zu sorgen, um das Eindringen von Elementen nach Oberschlesien zu verhindern, die die Ruhe stören könnten. Unter diesen Umständen würde die Konferenz Ihre Regierung als in hohem Maße verantwortlich betrachten, wenn Unruhen in Oberschlesien von Leuten, die aus dem deutschen Gebiete kommen, gefördert würden.  
Im Namen der Vorkonferenz habe ich die Ehre, Sie zu bitten, Vorkonferenz zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen.  
Genehmigen Sie usw.  
Ob eine Note gleichlautenden Inhalts auch der Warschauer Regierung überreicht worden ist, ist hier nicht bekannt.

Eine ganze Anzahl von Werken im oberschlesischen Industriegebiet hat vom Wirtschaftsrat der Interalliierten Kommission den Auftrag erhalten, unverzüglich eine genaue Bestandaufnahme der Werke und Gruben nach dem Stande vom 20. Oktober einzureichen. Diese Bestandaufnahmen sollen als Unterlagen für die Uebergabe der Werke an Polen dienen.

## Zugesgeschichte.

Deutsches Reich.  
Die Arbeiterkammer der Deutschen Werke gegen die Entente. In einer Betriebsversammlung des Werkes Wolfgang bei Genua wurde vorgestern von der Direktion und dem Betriebsrat über die von der Interalliierten Militärkommission für den 30. November geforderte Stilllegung der Deutschen Werke Verdict erlassen. Die Betriebsversammlung erklärte, daß sie der Forderung auf Beibehaltung der Maschinen und Gebäude nicht nachkommen würde. Nur durch bewaffnete Gewalt könne die Arbeiterkammer aus den Werken getrieben werden. Zum Schluß wurde eine Ent-

schließung angenommen, die dem Hauptvorstand der Deutschen Werke übermittelt werden soll und in der die Hauptleitung der Deutschen Werke als die Vertretung des Betriebes und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Vertreter der gesamten deutschen Arbeiterschaft aufgeführt werden, alles zu tun, damit die Werke, die zehntausenden von deutschen Arbeitern Verdienstmöglichkeit gewähren, nicht der Schließung anheimfallen. Wenn nötig, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt zu appellieren.

Verminderung der amerikanischen Besatzungstruppen. Chamberlain erklärte im englischen Unterhaus, daß die amerikanische Regierung der britischen Regierung ihre Absicht mitgeteilt habe, die Stärke des amerikanischen Besatzungsheeres am Rhein herabzusetzen. Chamberlain fügte hinzu, über die Frage, ob es notwendig werden würde, diese Truppen zu erlegen, sei bisher noch nichts entschieden worden.

Schiffahrtsdienst des Norddeutschen Lloyd nach Ostafrika. Bösmanns Büro teilt mit: Der Norddeutsche Lloyd kündigt die Wiederaufnahme des Schiffahrtsdienstes mit eigenen Schiffen nach Ostafrika von Hamburg und Bremen über Rotterdam nach Singapur, Hongkong, Shanghai, Kobe und Yokohama an. Da außerdem auch die Dampfer der gemeinsam mit dem Norddeutschen Lloyd arbeitenden Hamburg-Amerika-Linie und der den Lloyd vertretenden Reederei Alfred Holt & Co., Liverpool, Elmermann & Wadnail Steamship Co., London und Witton Dusen-Railha regelmäßig Bremen anlaufen, bietet sich künftig bei den sich aneinander anschließenden Fahrten der Dampfer eine hervorragende Verschiffungsgelegenheit von Bremen nach ostafrikanischen Häfen.

Papierknappheit der Zeitungen infolge Wagenmangels. Die „Post. Ztg.“ weist darauf hin, daß infolge Mangels an Eisenbahnwagen in Mitteldeutschland und in Sachsen die meisten Papierfabriken still liegen, da sie nicht in der Lage sind, ihre Fabrikate abzurufen, wie es im Interesse einer regelmäßigen Papierlieferung der deutschen Presse nötig ist. Es sei sehr wahrscheinlich, daß besonders die Berliner Zeitungen, die heute bereits unter Papierknappheit infolge der unregelmäßigen Belieferung leiden, in den nächsten Tagen ihr Erscheinen werden einstellen müssen.

Ergebnislose Verhandlungen im Berliner Gastwirtstreit. Dienstag wurden Besprechungen zwischen Arbeitgebern- und Arbeitnehmervertretern des Berliner Gastwirtsverbandes zur Beilegung des Streiks der Angestellten veranfaßt. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. — Infolge des von der Berliner Gewerkschaftskommission erlassenen Auftrages zum Streikstreit verließen gestern an verschiedenen Stellen kreisende Kleinere die Ablieferung von Waren an die betroffenen Restaurationsbetriebe mit Gewalt zu verhindern. Viele Lieferungsstellen mußten unversichert Sache wieder abfahren. Wegen der vorgetragenen schweren Terrorakte erhaltene die bedrohten Betriebe von gestern ab wieder polizeilichen Schutz. So hat die „Traube“ ein hartes Polizeikommando bekommen.

Verstärkte Grenzkontrolle an der deutsch-dänischen Grenze. In Warnemünde und an der deutsch-dänischen Grenze in Schleswig ist seit letztem Freitag die Grenzkontrolle bedeutend verstärkt worden. Die Ausfuhr von Lebensmitteln ist jetzt vollständig zum Stehen gedracht.

Häuser in Reichsgebäuden für Wohnzwecke. Nach Anordnung des Reichswohlfahrtsministeriums sollen die Verhandlungen über die Rugharmachung von entbehrlichen Häusern in Reichsgebäuden für Wohnzwecke jetzt wieder aufgenommen werden. Es sollen sämtliche geeigneten und entbehrlichen Häuser erfasst und für den Umbau zu Wohnungen vorgeesehen werden.

Landarbeiterstreik in Schlesien. In einigen Kreisen Schlesiens ist ein wilder Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Landarbeiter fordern eine Erhöhung der Leiharbeitszulagen. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände fordern Abbruch des Streiks, bevor in Verhandlungen über diese Forderungen eingetreten werden könne. Es besteht die Gefahr der Ausbreitung des Streiks.

Frankreich.  
Foch über die Frage der Entwaflnung. Nach einer Savas-Meldung aus Kansas City erklärte Marschall Foch, die Frage der Entwaflnung sei so verwickelt, daß man keine Meinung darüber äußern könne, bevor nicht die Grundlagen der Erörterung festgelegt seien. Jede andere Erklärung, die man ihm über diesen Gegenstand zuschreibe und die das internationale Programm berühre, entbehre jeder Grundlage.

Der Streit der Textilarbeiter in Lille, Roubaix und Tourcoing und Umgebung ist beendet. Die Arbeit wird am heutigen Mittwoch bedingungslos wieder aufgenommen.

Erste Wendung in der irischen Krise. Die Londoner Abendblätter melden, daß die irischen Verhandlungen eine erste Wendung genommen hätten. Ein Abbruch sei jedoch bisher nicht erfolgt. Dienstag vormittag wurde eine Sitzung des Ausschusses der irischen Konferenz abgehalten, an der Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead, sowie auch irischer Seite Griffith und Collins teilnahmen. Eine